

Wochendienst

Nr. 5

vom 7. Februar 2014

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Gesundheit

Nur eine Minderheit votiert für eine Pflegekammer 2

Schule, Jugend und Berufsbildung

Berufsausbildung international 5

Mehr Schülerinnen und Schüler in Hamburg – Stadtteilschule legt zu 7

Aufwind für Überflieger 12

Wirtschaft

Luffahrtcluster erhält Gold Label der European Cluster Excellence Initiative (ECEI) 14

Hamburg ist beliebteste Logistik-Region Deutschlands 15

Wirtschaftsraum „Jütlandkorridor“ 16

Justiz

Englisch als Gerichtssprache 18

Integration

Bilanz 2013: Mehr als 7000 Einbürgerungen 19

Bürgermeister Scholz vom Resultat der Einbürgerungsoffensive überwältigt 21

Kultur

Kulturbehörde fördert 40 Projekte der Freien Tanz- und Theaterszene 22

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Positive Zwischenbilanz beim Wohnungsbau 26

Sport

Werner-Otto-Preis für Handballinitiative Freiwurf Hamburg 27

Zur Information

Terminkalender 31

4. Februar 2014/bgv04

Nur eine Minderheit votiert für eine Pflegekammer Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks legt Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter Pflegekräften vor

Nur eine Minderheit der Hamburger Pflegekräfte ist für die Einrichtung einer Pflegekammer in der Hansestadt. In der repräsentativen Umfrage im Auftrag der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) sprachen sich lediglich 36 Prozent der Befragten für die Gründung einer Kammer für Angehörige der Pflegeberufe aus. 48 Prozent lehnen die Pflegekammer ab, 16 Prozent konnten oder wollten keine Entscheidung treffen.

„Wir haben immer klar gesagt, dass wir die Entscheidung zu einer Pflegekammer nicht über die Köpfe der Pflegekräfte hinweg treffen wollen. Diese haben jetzt ein deutliches Votum gegen die Einrichtung abgegeben“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. Der Hamburger Senat werde deshalb kein Gesetz zur Gründung einer Pflegekammer auf den Weg bringen.

Für die Gründung von Pflegekammern machen sich in verschiedenen Bundesländern die Berufsverbände der Pflege stark, um die Angelegenheiten der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen selbst zu regeln und die Interessen der Pflegekräfte zu vertreten. Da nach Gründung einer Pflegekammer Mitgliedschaft und Beitragszahlung verpflichtend sind, sollten mit der repräsentativen Umfrage, die nach Absprache mit dem Hamburger Pflegerat eingeleitet wurde, die rund 25.000 Hamburger Pflegekräfte direkt an der Entscheidung über die mögliche Gründung einer Pflegekammer beteiligt werden. Durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH wurden insgesamt 1.103 zufällig ausgewählte ausgebildete Pflegefachkräfte sowie Auszubildende in Einrichtungen der Kranken- und Altenpflege in Hamburg befragt. Zuvor wurden den Pflegekräften über die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen Informationen über die mögliche Pflegekammer zur Verfügung gestellt.

Bei repräsentativen Umfragen in Schleswig-Holstein hatten sich 51 Prozent der Befragten für eine Pflegekammer ausgesprochen, in Bayern 50 Prozent. In Niedersachsen votierten 67 Prozent für eine Pflegekammer, lehnten aber mehrheitlich eine Pflichtmitgliedschaft ab. In anderen Ländern, wie z.B. Sachsen-Anhalt, Berlin oder Brandenburg sind noch Befragungen geplant.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Bemerkenswert ist, dass knapp 30 Prozent der in Hamburg Befragten finanzielle Aspekte, wie etwa zu hohe Beiträge, als Begründung ihrer Ablehnung nannten. Auch das Ablehnen einer Pflichtmitgliedschaft gaben über 23 Prozent als Begründung an.“

Innerhalb der einzelnen Berufsgruppen ist die mehrheitliche Ablehnung jeweils ebenfalls eindeutig, wenngleich die kleinere Berufsgruppe der Altenpflegerinnen und Altenpfleger mit 72 Prozent Ablehnung und nur 13,7 Prozent Zustimmung deutlicher votiert als die größere Gruppe in der Gesundheits- und Krankenpflege mit knapp 38 Prozent Zustimmung und 46 Prozent Ablehnung. Die kleine Berufsgruppe der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger hat mit 34,5 Prozent zu 51 Prozent ebenfalls gegen eine Pflegekammergründung in Hamburg gestimmt. Nur die Gruppe der Auszubildenden, die als spätere Fachkräfte potentielle Mitglieder einer Pflegekammer

sein würden, hat sich überwiegend für eine Kammergründung ausgesprochen (58,8 Prozent Zustimmung).

„Die mehrheitlich ablehnende Haltung gegenüber einer Pflegekammer lässt aber nicht den Rückschluss zu, dass die Berufsangehörigen in Hamburg mit der Situation in der Pflege bzw. in den Pflegeberufen insgesamt zufrieden sind“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Es bleibt daher ein großes Anliegen des Senats, auch ohne eine Pflegekammer für Verbesserungen in der Pflege zu sorgen, sowohl für die Pflegebedürftigen, als auch für die Berufsangehörigen. Ich schlage deshalb vor, dem Hamburger Pflegerat einen Sitz im Landespflegeausschuss zu geben.“

Die Stadt unterstützt bereits jetzt Beschäftigte in der Pflege auf verschiedene Art. U.a. regelt die Hamburger Berufsordnung für Pflegefachkräfte die Pflichten zur Kompetenzerhaltung und definiert die Berufsaufgaben näher. Auf Bundesebene setzt sich Hamburg für eine Reform der Pflegeausbildung ein. Ziel ist ein aufgewertetes und einheitliches Berufsbild der Alten-; Kranken- und Kinderkrankenpflege. Mit dem dualen Studiengang Pflege, der in Hamburg angeboten wird, gibt es ein zukunftssträchtiges Ausbildungsmodell. Zudem werden in Hamburg Ausbildungsträger und Pflegeschulen in ihren Ausbildungsbemühungen unterstützt, um den Fachkräftebedarf sowohl quantitativ als auch qualitativ zu decken. Mit der Ausbildungsumlage in der Altenpflege und der 3. Qualifizierungsoffensive hat Hamburg bereits im vergangenen Jahr die Grundlage für mehr Ausbildungsplätze und mehr Fachkräfte im Bereich der Altenpflege gelegt.

Nach dem Ergebnis der Befragung soll nun geprüft werden, ob die Berufsangehörigen zukünftig auch ohne Pflegekammer registriert und stärker eingebunden werden können.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

Hintergrund: Methode bzw. Details der Befragung

Die Repräsentativität der Befragung wurde hergestellt, indem die Berufsgruppen Altenpflege (AP), Gesundheits- und Krankenpflege (GKP) sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege (GKKP) ihrem Anteil entsprechend berücksichtigt und gewichtet wurden (d.h. GKP ca. 70 Prozent, AP ca. 20 Prozent, GKKP ca. 10 Prozent). Es wurde vereinbart, dass mindestens 1.000 Personen (ca. 4 Prozent) aller Pflegefachkräfte in Hamburg befragt werden.

Dies ist nach den Kriterien der Meinungsforschung eine ausreichende Basis für ein repräsentatives Ergebnis. Auch die Stichprobe spiegelt insgesamt einen Querschnitt der Berufsgruppe wider und ist insoweit repräsentativ.

INFO GmbH hat zunächst Kontakt zu allen Hamburger Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (einschließlich Hospize) aufgenommen und Strukturdaten erfragt, auf deren Grundlage entschieden wurde, wie viele dreijährig ausgebildete Fachkräfte in der jeweiligen Einrichtung zufällig ausgewählt werden. In der Regel wurden in kleinen Einrichtungen mit wenigen Pflegekräften (< 25) sechs Beschäftigte zufällig ausgewählt. Je 25 Pflegekräfte in einer Einrichtung wurde die Anzahl zufällig ausgewählter Personen erhöht. In großen Einrichtungen waren es maximal 25 Personen, um nicht einigen wenigen Einrichtungen ein zu starkes Gewicht zukommen zu lassen.

Außerdem wurden mit rund 10 Prozent der Befragten Auszubildende berücksichtigt, da diese nach Abschluss der Ausbildung ebenfalls Mitglieder einer Pflegekammer sein würden. Die Auswahl der befragten Personen erfolgte durch Zufallsauswahl anhand eines Buchstabens gleich dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens, der computergestützt vom Interviewer vorgegeben wurde. Damit wurde eine Beeinflussung durch die Einrichtung ausgeschlossen. Es standen dann vier Interviewmöglichkeiten zur Verfügung: Face-to-face-Befragung (wurde nicht gewählt), online-Befragung (103mal), Telefoninterview (9mal) und schriftlich-postalisch (991mal).

4. Februar 2014/bsb04



Berufsausbildung international

Handelskammer Hamburg und Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) vereinbaren Zusammenarbeit bei internationalen Projekten

Das Interesse aus dem Ausland am deutschen System der dualen Berufsausbildung ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, und für deutsche Auszubildende gibt es immer mehr Möglichkeiten, einen Teil ihrer Ausbildung oder ein Praktikum im Ausland zu absolvieren. Beides betrifft die berufsschulische und die betriebliche Ausbildung gleichermaßen. Handelskammer und HIBB haben deshalb vereinbart, in internationalen Projekten künftig enger zu kooperieren.

Die Zusammenarbeit umfasst die Förderung der internationalen Mobilität durch Praktika und Auslandsaufenthalte, Ausbildungsangebote in Hamburg für Jugendliche aus dem Ausland und die Beratung bei der Entwicklung dualer Ausbildungen im Ausland.

Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung: „Beide Partner verfügen in ihren jeweiligen Handlungsfeldern und Zuständigkeiten über hohe Kompetenz und langjährige Erfahrung in internationalen Belangen in der Berufsbildung. Indem wir diese Kompetenzen und Ressourcen in internationalen Projekten sinnvoll aufeinander abstimmen, schaffen wir wertvolle Synergien. Davon profitieren unsere Auszubildenden in Hamburg und die ausländischen Projektpartner gleichermaßen. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt weiter zu verbessern und unsere Partnerländer dabei zu unterstützen, die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zu senken. Die Hamburger Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen wollen wir optimal auf einen internationalen Arbeitsmarkt vorbereiten und den Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken.“

Prof. Hans Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer: „Die Stärke der dualen Berufsausbildung ist die Kombination der beiden Lernorte Betrieb und Berufsschule. Für unsere ausländischen Gäste und Partner ist die Kooperation von staatlichen Schulen, Unternehmen und Kammern in der Organisation der Berufsbildung Neuland, das wir in der Zusammenarbeit mit dem HIBB sehr viel überzeugender vermitteln können.“

Das HIBB unterhält derzeit Kooperationen für internationale Mobilität mit 25 europäischen Ländern, mit Russland und elf außereuropäischen Partnerländern. Ausbildungsangebote für Jugendliche aus europäischen und außereuropäischen Ländern erfolgen im Rahmen des Bundesprogramms MobiPro derzeit mit Portugal, Spanien, Italien und Bulgarien. Seit August 2013 werden beispielsweise 15 junge Auszubildende aus Spanien und Portugal im Rahmen ihrer dualen Ausbildung in Hamburger Gastronomiebetrieben und an der Staatlichen Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung ausgebildet. In einer Kooperation mit der Handelskammer Barcelona hat die Handelskammer

Hamburg im vergangenen Herbst fünf jungen Katalanen zu Ausbildungsplätzen in Hamburger Unternehmen verholfen; eine zweite Gruppe wird für das neue Ausbildungsjahr ab Herbst 2014 erwartet.

Im vergangenen Jahr informierten sich beim HIBB und in der Handelskammer rund 30 ausländische Delegationen über die Funktionsweise der dualen Berufsausbildung. Sie wird zunehmend als geeignetes Instrument für die effektive Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt wahrgenommen. Daraus kann in den Nachfrageländern Interesse an der Einführung vergleichbarer, an die jeweiligen Länder angepasster Ausbildungssysteme oder an einzelnen Elementen des dualen Systems entstehen. Hier sollen die Aktivitäten künftig ebenso gebündelt werden.

Zur Umsetzung der Kooperation wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, in der künftig die internationalen Aktivitäten des HIBB und der Handelskammer abgestimmt und gemeinsame Projektvorschläge erarbeitet werden sollen.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (040) 4 28 63 – 2842

E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Internet: www.hibb.hamburg.de

Handelskammer Hamburg

Dr. Jörn Arfs, Pressesprecher

Tel: (040) 361 38 – 301

E-Mail: Joern.Arfs@hk24.de

Internet: www.hk24.de

4. Februar 2014/bsb04a

Mehr Schülerinnen und Schüler in Hamburg – Stadtteilschule legt zu

Schulsenator Ties Rabe stellt aktuelle Schuljahresstatistik vor

Schulsenator Ties Rabe hat die aktuelle Schuljahresstatistik vorgelegt. Demnach sind die Schülerzahlen in den allgemeinbildenden Hamburger Schulen im Schuljahr 2013/14 um 3.138 auf 187.334 deutlich angestiegen. Rabe: „Es gibt in Hamburg erfreulicherweise mehr Kinder. So wurden 2013 15.327 Kinder eingeschult, 446 mehr als im Vorjahr. Das ist der höchste Wert der letzten fünf Jahre. Zudem gehen Hamburgs Kinder und Jugendliche früher zur Schule und bleiben länger dort.“ So besuchen 8.264 Kinder die Vorschule, 565 mehr als im Vorjahr. 1.103 Schülerinnen und Schüler nutzen die erstmals geschaffene Möglichkeit, ihren Schulabschluss durch eine freiwillige Schulzeitverlängerung in Klasse 10 zu verbessern. Und 23.968 bereiten sich in den Oberstufen der Stadtteilschulen und Gymnasien auf das Abitur vor, 1.371 mehr als im Vorjahr. Ties Rabe: „Besonders die Stadtteilschulen und die Ganztagsangebote haben zu der Attraktivitätssteigerung beigetragen. Die staatlichen Stadtteilschulen steigern ihre Schülerzahl um 2.320 auf 56.718, überholen damit die staatlichen Gymnasien (48.505) und staatlichen Grundschulen (55.635) und steigen zur größten Schulform auf.“

Stadtteilschule steigt zur größten Schulform auf

Senator Rabe: „Die Stadtteilschule legt vor allem deshalb zu, weil viele Jugendliche freiwillig länger die Schulbank drücken, um einen besseren Schulabschluss zu schaffen. So stieg die Zahl der Zehntklässler an den staatlichen Stadtteilschulen im Vergleich zum Vorjahr um 1.103 an und die Zahl der Oberstufenschüler um 693. Ich freue mich über diese Entwicklung: Mehr Unterricht verbessert die Bildung und die Schulabschlüsse.“ Bei der Schulwahl nach Klasse 4 liegt das Gymnasium unverändert knapp vorn: In Jahrgangsstufe 5 besuchen 45,8 Prozent der Schülerschaft an staatlichen Schulen die Stadtteilschulen, 50,1 Prozent die Gymnasien, 3,1 Prozent die Sonderschulen und 1,0 Prozent die 6-jährigen Grundschulen. Dieses Verhältnis verschiebt sich in Jahrgangsstufe 7: Hier werden die Stadtteilschulen von 52,8 Prozent der Schülerschaft besucht, die Gymnasien von 43,5 Prozent und die Sonderschulen von 3,7 Prozent.

Aufgrund von zwei Neugründungen im Schuljahr 2013/14 (Stadtteilschule Humboldtstraße, Schule Maretstraße) und drei weiteren Neugründungen im Schuljahr 2012/13 (Stadtteilschulen Rissen, Meiendorf und Veddel) stieg die Zahl der staatlichen Stadtteilschulen auf 59, davon haben 13 eine eigene Grundschulabteilung. 53 der 59 Stadtteilschulen sind mittlerweile zur Ganztagschule entwickelt worden, gegenüber 2010 wurde die Zahl fast verdoppelt (2010: 28 Ganztagschulen). 47 Stadtteilschulen führen bereits eine eigene Oberstufe: 27 organisieren ihre Oberstufe eigenständig, 15 kooperieren mit anderen Stadtteilschulen, vier mit einem Gymnasium und eine mit einer Berufsbildenden Schule. Sieben seit dem Schuljahr 2010/11 neu gegründete Stadtteilschulen sind

noch nicht bis zur Oberstufe hochgewachsen. Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten an Stadtteilschulen stieg von 2.363 auf 2.747.

Zahl der Lehrkräfte auf Rekordniveau

Senator Rabe: „Mehr Oberstufen, mehr Ganztagsangebote, mehr Schülerinnen und Schüler – und mehr Lehrkräfte: Die Stadtteilschule ist jetzt gut aufgestellt. Mit 8,9 Pädagogen pro 100 Schülerinnen und Schüler ist die Stadtteilschule von den drei allgemeinen Schulformen jetzt am besten ausgestattet. Zum Vergleich: An den Grundschulen arbeiten pro 100 Schülerinnen und Schüler 8,4 Pädagogen, an den Gymnasien 6,7. Insgesamt sind den allgemeinbildenden Schulen in diesem Schuljahr 12.662 Lehrerstellen und 1.641 Stellen für sonstige pädagogisch-therapeutische Fachkräfte zugewiesen, das sind 8,5 Pädagogen auf 100 Schülerinnen und Schüler.“

97 Prozent Ganztagschulen: Ausbau so gut wie abgeschlossen

Der Ausbau der Ganztagschulen ist so gut wie abgeschlossen. 97 Prozent der staatlichen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien haben jetzt Ganztagsangebote (Vorjahr 69%): 200 der 203 Grundschulen und Grundschulabteilungen, 53 der 59 Stadtteilschulen und alle 60 Gymnasien, darunter 5 Gymnasien mit kompletten Ganztagsangeboten. Schulsenator Ties Rabe: „In den letzten drei Jahren wurden 161 Grund- und Stadtteilschulen zu Ganztagschulen erweitert, mehr als doppelt so viele wie in den gesamten 25 Jahren davor. In diesem Schuljahr haben sich die Eltern von 37.000 Grundschulkindern für die neuen Ganztagsangebote entschieden, das sind rund 70 Prozent. Diese hohe Anmeldequote zeigt, dass der Ausbau der Ganztagsangebote dringend notwendig war. Auch der deutliche Anstieg der Vorschüler ist darauf zurückzuführen, dass es jetzt in fast allen Vorschulen Ganztagsangebote gibt. Nach dem rasanten Ausbau geht es künftig darum, Schritt für Schritt einzelne Anfangsprobleme zu überwinden und die Qualität stetig zu verbessern.“

Schulklassen noch einmal verkleinert

Die Klassengrößen in den staatlichen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien wurden im vierten Jahr hintereinander verkleinert. Die im Rahmen des Schulfriedens vereinbarten Klassenobergrenzen werden im Durchschnitt deutlich unterschritten und liegen im laufenden Schuljahr bei 26,1 am Gymnasium (Sollobergrenze 28), 21,9 an den Stadtteilschulen in den Klassen 5/6 (Sollobergrenze 23), 23,9 an den Stadtteilschulen in den Klasse 7-10 (Sollobergrenze 25), 17,6 an Grundschulen mit Sozialindex 1/2 (Obergrenze 19) und 21,7 an Grundschulen mit Sozialindex 3-6 (Obergrenze 23). Schulsenator Ties Rabe: „So kleine Schulklassen hatte Hamburg noch nie. Damit hat die SPD ihr Versprechen im Rahmen des Schulfriedens eingelöst und die Klassengrößen in allen Schulformen deutlich abgesenkt. Kleine Klassen ermöglichen es den Lehrkräften, individuell auf jede Schülerin und jeden Schüler einzugehen und so den Lernerfolg zu verbessern.“

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird im Schuljahr 2013/14 mit 12.857 angegeben, im Vergleich zu 2009/10 wäre das ein Anstieg um 50 Prozent in nur vier Jahren. Im Zuge einer Stichprobe erwiesen sich jedoch mehr als ein Drittel der Nennungen als Fehleinschätzungen. Deshalb werden die Zahlen zurzeit wissenschaftlich untersucht. Die Gründe für

den Anstieg haben auch damit zu tun, dass sich im Zuge der Inklusion die Diagnosemaßstäbe verschoben haben. Nur so ist das Phänomen zu erklären, dass die allgemeinen Schulen im laufenden Schuljahr einen Zugang von 1.075 sonderpädagogisch förderbedürftigen Schülern melden, obwohl die Sonderschulen im gleichen Zeitraum gerade nur 317 Sonderschüler verloren haben.

Schulabschlüsse aufgrund eines Sondereffektes verändert

1.515 Schülerinnen und Schüler erlangten den Hauptschulabschluss (Vorjahr: 2.546), 3.198 den Realschulabschluss (Vorjahr: 3.318), 563 die Fachhochschulreife (Vorjahr: 400), und 8.195 Schülerinnen und Schüler das Abitur (Vorjahr: 7.783). Die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss sank von 993 im Vorjahr auf 697. Dies ist jedoch zum größten Teil dadurch zu erklären, dass erstmals viele Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 9 an Stadtteilschulen in die Jahrgangsstufe 10 übergegangen sind, statt die Schule zu verlassen. Entsprechend hat die Zahl der Schulentlassenen - und hier insbesondere derjenigen mit eher niedrigen Abschlüssen - stark abgenommen. Erst im nächsten Schuljahr wird sich zeigen, welchen Effekt die freiwillige Verlängerung der Schulzeit auf die Schulabschlüsse hat.

383 staatliche und 94 private Schulen

Das staatliche Schulwesen umfasst insgesamt 383 Schulen: 190 Grundschulen, 59 Stadtteilschulen, 60 Gymnasien, 13 Sonderschulen, 13 Regionale Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ), 44 Berufsbildende Schulen und vier Schulen der Erwachsenenbildung. Im nicht-staatlichen Bereich gibt es 94 Schulen: 30 Grundschulen, 27 Stadtteilschulen (einschließlich sechs Rudolf-Steiner-Schulen), elf Gymnasien, fünf Sonderschulen, 20 Berufsbildende Schulen und eine Schule der Erwachsenenbildung. Im Vergleich zum Schuljahr 2012/13 ist die Anzahl aller Schulen (staatlich und nicht-staatlich) von 488 auf 477 zurückgegangen. Dies liegt an den organisatorischen Veränderungen im Bereich der staatlichen Sonderschulen: Die Förder- und Sprachheilschulen wurden in den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) gebündelt. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an nicht-staatlichen allgemeinbildenden Schulen beträgt 10,6 Prozent und ist damit stabil gegenüber den Vorjahren (2012/13: 10,6%; 2011/12: 10,5%).

Mehr Schülerinnen und Schülern lassen sich für Auslandsjahr beurlauben

Im Vergleich zum Schuljahr 2012/13 wurden 161 weitere Schülerinnen und Schülern an den staatlichen Schulen für einen Schulbesuch im Ausland beurlaubt, die Zahl stieg damit um 22,5 Prozent auf insgesamt 878 Beurlaubungen. Bei 697 Beurlaubungen handelt es sich um ganzjährige Auslandsaufenthalte (Vorjahr: 576). Der Anstieg an Beurlaubungen findet sich sowohl an Stadtteilschulen (+ 25,2%) als auch an Gymnasien (+ 21,7%). Die meisten Beurlaubungen erfolgen weiterhin am Gymnasium in den Jahrgangsstufen 10 und 11 und in der Stadtteilschule in der Jahrgangsstufe 11. Diese Zahlen widersprechen der Behauptung, der achtjährige Bildungsgang des Gymnasiums G8 biete für Auslandserfahrungen keine Gelegenheiten mehr.

Schülerzahl an Hamburgs berufsbildenden Schulen gesunken

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Berufsbildenden Schulen ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent auf insgesamt 52.254 (minus 2.458) gesunken. Dieser

Rückgang ist erwartungsgemäß maßgeblich auf Reformmaßnahmen im Übergangsbereich zurückzuführen. Deren Ziel ist es, sogenannte Warteschleifen abzubauen und jungen Menschen einen möglichst schnellen Zugang zur beruflichen Ausbildung zu ermöglichen. Des Weiteren korrespondiert die gesunkene Schülerzahl in diesem Jahr damit, dass zum Schuljahresende 2012/13 einmalig deutlich weniger Schülerinnen und Schüler nach der Sekundarstufe 1 der Stadtteilschulen abgingen (s. o.).

Über 75 Prozent der Berufsschülerinnen und -schüler in beruflicher Ausbildung

Mehr als 75 Prozent (39.387) aller Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen sind in beruflicher Ausbildung, die meisten in der dualen Ausbildung (36.274), 2.914 in einer vollqualifizierenden Berufsfachschule. Entsprechend dem bundesweiten Trend ist die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger in der dualen Ausbildung an Hamburger Berufsschulen um 4,2 Prozent (minus 579) gesunken.

Mehr als 16 Prozent aller Schülerinnen und Schüler besuchten die Berufsbildenden Schulen, um dort ihren Schulabschluss oder ihre berufliche Qualifikation zu verbessern. Im Einzelnen besuchen 5,6 Prozent (2.910) die Höhere Handelsschule oder ein Berufliches Gymnasium zum Erwerb der Fachhochschul- bzw. Hochschulreife, 2,2 Prozent (1.142) besuchen nach ihrer Berufsausbildung eine Fachoberschule oder Berufsoberschule zum Erwerb der Fachhochschul- bzw. Hochschulreife. Weitere 8,4 Prozent (4.364) erwerben in der Fachschule eine höhere berufliche Qualifikation nach dem ersten Berufsabschluss.

8,5 Prozent (4.451) aller Berufsschülerinnen und -schüler besuchen ein Angebot zum Übergang in Ausbildung, davon 2.162 die dualisierte Ausbildungsvorbereitung. Aufgrund des Zustroms unbegleiteter junger Flüchtlinge ist die Schülerzahl in der Vorbereitung für Migrantinnen und Migranten um 171 auf 733 gestiegen.

Auch im Rahmen der dualen und der vollzeitschulischen Ausbildung können Hamburger Berufsschülerinnen und -schüler ihren Schulabschluss verbessern. Im Schuljahr 2012/13 haben insgesamt 20.703 Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Berufsbildenden Schulen ihren Bildungsgang beendet, davon 18.010 erfolgreich mit Abschlusszeugnis.

Immer mehr Ausbildungsanfänger haben Hoch- oder Fachhochschulreife

In der Dienstleistungsmetropole Hamburg ist der Anteil anspruchsvoller Ausbildungsberufe für junge Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen sehr hoch. 2013/14 stieg der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Hoch- oder Fachhochschulreife deshalb um weitere 2 Prozentpunkte auf 38,1 Prozent, während der Anteil mit mittlerer Reife um 2 Prozentpunkte auf 34,4 Prozent sank. Auch im Handwerk steigt die Abiturientenquote weiter an auf 16,5 Prozent - die höchste in Deutschland. Erfreulicherweise bleibt der Anteil der Anfängerinnen und Anfänger in der dualen Ausbildung mit dem ersten Bildungsabschluss (sog. Hauptschulabschluss) mit 23,6 Prozent stabil. Das durchschnittliche Alter der Anfängerinnen und Anfänger in der dualen Ausbildung liegt mit 20,4 Jahren leicht unter dem Durchschnitt des letzten Jahres (20,6).

Die Zahlen der Schuljahresstatistik werden unter www.hamburg.de/schulstatistiken im Internet veröffentlicht.

Rückfragen:

Peter Albrecht, Pressesprecher
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel. (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

5. Februar 2014/bsb05

Aufwind für Überflieger

Schulsenator Ties Rabe kündigt Aktionsprogramm zur Begabtenförderung an

Schulsenator Ties Rabe hat im Schulausschuss ein Aktionsprogramm vorgestellt, um die Förderung von Begabten in den Hamburger Schulen zu verbessern. Ties Rabe: „Expertenanhörung und öffentliche Anhörung im Schulausschuss haben gezeigt, dass die Förderung von hochbegabten Schülerinnen und Schülern an unseren Schulen oft zu kurz kommt. Wir wollen das ändern und die Begabtenförderung in allen weiterführenden Schulen sowie vielen Grundschulen fest verankern. Es ist sicher noch ein weiter Weg, bis in allen Hamburger Schulen passgenauer Unterricht für Kinder aller Begabungen entwickelt ist. Aber mit unserem Aktionsprogramm werden wir jetzt die notwendigen Schritte einleiten. Unsere Stadt braucht alle Talente, das gilt auch für besonders begabte und hochbegabte Kinder.“

Schulsenator Ties Rabe: „Etwa 2,2 Prozent aller Schülerinnen und Schüler gelten als hochbegabt, rund 15 Prozent als besonders begabt oder besonders leistungsstark. Für diese Schülerinnen und Schüler darf es keine Langeweile im Unterricht geben, erst Recht keine Arbeits- oder Lernverbote. Denn das Lernen im Gleichschritt lässt die bewundernswerten Anlagen dieser Schülerinnen und Schüler verkümmern und führt zu oft zu Frust, Langeweile oder sogar psychischen Beeinträchtigungen. Es ist sicher nicht leicht, den Unterricht auch auf Überflieger auszurichten. Aber viele Beispiele zeigen, dass oft schon ein kleines bisschen Aufmerksamkeit und Phantasie bei der Unterrichtsvorbereitung und im Unterricht große Verbesserungen bringen können.“ Die Schulbehörde hat deshalb die „Beratungsstelle besondere Begabungen“ auf sieben Mitarbeiter verstärkt und wird jetzt ein Aktionsprogramm für die Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen auf den Weg bringen. Senator Rabe: „Ich freue mich darüber, dass im gestrigen Schulausschuss alle Fraktionen unser erstmals vorgestelltes Aktionsprogramm begrüßt haben.“

Das Aktionsprogramm sieht vor, an allen Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen den Aufgabenbereich „Begabtenförderung“ mit einer so genannten Funktionsstelle fest im Kollegium zu verankern. Die entsprechenden Lehrkräfte sollen in ihrer Schule Ansprechpartner für Eltern und Lehrkräfte im Themenbereich Begabtenförderung sein. Sie sollen darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der „Beratungsstelle besondere Begabungen“ im Landesinstitut der Schulbehörde ein Konzept und Maßnahmen zur Begabtenförderung für die eigene Schule entwickeln. Ties Rabe: „Unser Ziel ist es, an jeder weiterführenden Schule eine Lehrkraft zum Experten für Begabtenförderung zu entwickeln. Für diese Lehrkräfte konzipieren wir jetzt entsprechende Schulungen, die im nächsten Schuljahr organisiert werden sollen.“

Auch in den Grundschulen soll die Begabtenförderung verbessert werden. Seit 2010 bieten 17 Grundschulen im Rahmen des Modellprojektes „Schmetterlingsgrundschulen“ Begabtenförderung an. Ties Rabe: „Wir wollen den Schmetterlingsgrundschulen neuen Rückenwind geben. Dazu werden wir

jetzt mit allen Schulen Bilanzgespräche führen, die Erfahrungen auswerten und die bestehenden Angebote prüfen. Unser Ziel ist es, mit neuem Schwung die Konzepte weiterzuentwickeln und Verbesserungen auf den Weg bringen.“ Für die Grundschullehrkräfte sollen im Landesinstitut ebenfalls Fortbildungsangebote entwickelt und im Schuljahr 2014/15 angeboten werden.

Ties Rabe: „Schon jetzt bietet Hamburg zahlreiche Förderungsangebote für begabte und hochbegabte Schülerinnen und Schüler an. Zu oft sind die verschiedenen Möglichkeiten aber in den Schulen nicht ausreichend bekannt. Wir wollen gemeinsam mit den künftigen Experten an den Schulen sicherstellen, dass diese Angebote besser genutzt werden.“ Zu den Angeboten zählen zahlreiche Wettbewerbe, Kursangebote und Experimentierprogramme, die beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Universitäten speziell für besonders begabten Schülerinnen und Schüler angeboten werden. Darüber hinaus bietet das Schulgesetz alle Möglichkeiten, begabte Kinder in einzelnen Fächern oder insgesamt eine Schulklasse überspringen zu lassen. Selbst komplette „Springerklassen“ werden zurzeit angeboten. Hier absolvieren besonders begabte Kinder den Weg zum Abitur in nur elf statt zwölf Jahren.

Darüber hinaus soll die Förderung von Begabten und Hochbegabten in der Lehrerausbildung besser verankert werden. Eine entsprechende Schulungseinheit soll künftig zum festen Bestandteil jeder Hamburger Lehrerausbildung werden.

Hilfesuchende Eltern und Lehrkräfte sollen künftig leichter als bisher Rat bekommen. Ties Rabe: „Die Anhörung hat überdies deutlich gemacht, dass Eltern oft rat- und hilflos sind und auch öfter mit Schulkonflikten zu tun haben. Wir werden deshalb eine Ombudsstelle einrichten. Dort sollen ehrenamtliche Experten beraten und in Schulkonflikten vermitteln.“ Gemeinsam mit der „Beratungsstelle besondere Begabungen“ in der Schulbehörde will die Schulbehörde darüber hinaus die bestehenden Testverfahren für Hochbegabungen prüfen. Ties Rabe: „Wir wollen einen Weg suchen, wie Eltern bei dem begründeten Verdacht auf Hochbegabung ihres Kindes zügiger und einfacher Klarheit bekommen können. In diesem Zusammenhang will die Schulbehörde auch die bestehenden Informationsmaterialien überarbeiten und in größerer Zahl als bisher den Beteiligten zur Verfügung stellen.“

Rückfragen:

Peter Albrecht, Pressesprecher
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel. (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

4. Februar 2014/bwvi04

Luftfahrtcluster erhält Gold Label der European Cluster Excellence Initiative (ECEI)

Wirtschaftssenator Frank Horch freut sich mit Luftfahrtcluster „Hamburg Aviation“

Nach dem Gewinn des Spitzenclusterwettbewerbes im Jahre 2008 darf sich das Luftfahrtcluster „Hamburg Aviation“ mit dem europäischen Gold Label für Cluster Excellence schmücken. Das Zertifikat erhalten Netzwerke, die über ein professionelles Management verfügen. „Hamburg Aviation“ zählt jetzt zu den 36 leistungsfähigsten Netzwerken in Europa.

Senator Frank Horch: „Wir setzen konsequent auf Innovation und auf eine clusterorientierte Wirtschaftspolitik, und das Gold Label der EU zeigt, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Das Label steht für den Nachweis eines exzellenten Clustermanagements, für einen hohen Aktivierungsgrad aller Clustermitglieder und für die Zukunftsfähigkeit des Luftfahrtclusters. Die Potenziale des Luftfahrtstandortes Hamburg sind noch lange nicht erschöpft und diese Zertifizierung gibt uns Ansporn zur weiteren Verbesserung aller Aktivitäten ausgerichtet an den Herausforderungen der Zukunft und eng an den Bedürfnissen der Akteure im Cluster.“

Zur Information:

Die Label-Vergabe der *European Cluster Excellence Initiative (ECEI)* wurde von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um Erfolgsfaktoren und Zukunftsperspektiven von Branchen-Clustern länderübergreifend und nach objektiven Kriterien vergleichen zu können. Für die Bewertung werden regionalspezifisch bedingte Einflüsse wie das Steuerrecht, die lokale Infrastruktur oder der Grad der politischen Unterstützung weitestgehend ausgeklammert. Stattdessen konzentriert sich das Assessment auf organisatorische Faktoren wie den strukturellen und personellen Aufbau des Netzwerks, die Aktivität der Mitglieder und die Häufigkeit des persönlichen Austauschs, die Tragweite von Forschungsprojekten, Internationalisierungsbestrebungen, finanzielle Sicherheit sowie die langfristige Strategie des Clusters. Europaweit tragen lediglich 36 Cluster aus unterschiedlichen Branchen und Ländern die Auszeichnung als GOLD Label.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040-42841-1326 oder -2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: @HH_BWVI

7. Februar 2014/bwvi07

Hamburg ist beliebteste Logistik-Region Deutschlands

Der Wirtschaftsstandort Hamburg wurde am 6. Februar 2014 von der VerkehrsRundschau und VDA-Präsident Matthias Wissmann mit dem Image Award 2014 in der Kategorie „Logistik-Regionen“ ausgezeichnet. Senator Frank Horch nahm die Auszeichnung in München persönlich entgegen. Der Logistik-Standort Hamburg erfreut sich bei Deutschlands Verladern hoher Beliebtheit. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Befragung des Lüdinghausener Marktforschungsinstituts Kleffmann im Auftrag des Münchner Fachmagazins VerkehrsRundschau. Mit 812 von 1000 maximal erreichbaren Imagepunkten führt Hamburg das Ranking der zwölf wichtigsten Logistik-Regionen Deutschlands an.

Hamburg verteidigt damit seinen ersten Rang im Ranking der beliebtesten Logistik-Regionen Deutschlands. Bei der letzten Studie im Jahr 2008 belegte die Hansestadt ebenfalls Platz eins. Im Rahmen der VerkehrsRundschau Gala in München wurde Senator Frank Horch, als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg von VerkehrsRundschau-Chefredakteurin Birgit Bauer und Matthias Wissmann, Präsident des Verband der Automobilindustrie (VDA), mit dem Image Award 2014 geehrt. Horch zeigte sich sehr erfreut über die Preis: „Trotz der Hanseatischen Tradition keine Orden fremder Herren anzunehmen, werde ich diese Trophäe gern mit nach Hamburg nehmen. Die Auszeichnung beweist, dass all unsere Anstrengungen der letzten Jahre, trotz Wirtschaftskrise, trotz Eurokrise, trotz Containerkrise, Früchte getragen haben und wir Hamburg zu Recht als den dynamischsten und innovativsten Logistikstandort in Nordeuropa bezeichnen können.“

Hamburg ist nicht nur bei den norddeutschen Verladern die Nummer-1-Region für die Ansiedlung von Logistikanlagen, auch die Befragten aus allen anderen Teilen der Republik wählten Hamburg auf den ersten Rang. Senator Horch betont in seinem Dank: „Mit unserer Logistik-Initiative Hamburg haben wir ein gut funktionierendes Forum etabliert, wo Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft in einem ständigen Austausch stehen und gemeinsam – und das ist wirklich das einzigartige – Probleme und Herausforderungen frühzeitig erkennen und Lösungen entwickeln. Und ich denke, dass man dieses Vertrauen untereinander einfach spürt, wenn man in unserer Stadt Geschäfte macht.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841--2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bwvi

05. Februar 2014/bsu05a

Wirtschaftsraum „Jütlandkorridor“

Der Norden untersucht seine Wachstumspotenziale

Geographisch liegt Hamburg am äußersten südlichen Ende der jütischen Halbinsel. Dazu gehören weiter nördlich Schleswig-Holstein und der ganze Westteil Dänemarks, vielen als Jütland (Jylland) bekannt. Dass dieser Raum nicht nur Urlaubsregion ist, sondern auch für Hamburg interessante Entwicklungspotenziale im Bereich Windenergie oder Logistik zu bieten hat, soll jetzt in einer grenzübergreifenden Studie im Hinblick auf die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit untersucht werden. Die Federführung für Hamburg liegt bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU).

Das Ziel, diese Entwicklungspotenziale herauszuarbeiten, haben sich Gemeinden, Regionen und Großstädte des sogenannten „Jütlandkorridors“ - beiderseits der deutsch-dänischen Grenze - für die nächsten Monate vorgenommen. Auf der Basis einer entsprechenden Untersuchung sollen bis Herbst gemeinsame Entwicklungsperspektiven und chancenreiche Kooperationsfelder definiert und vereinbart werden. Adressat der Ergebnisse werden dann nicht nur die Verwaltungen und Unternehmen des Korridors selbst sein, sondern auch die Regierungen in Kopenhagen, Berlin und Brüssel.

Die Untersuchung soll ein „schärferes“ Bild des Jütland-Korridors zeichnen, der die drei Regionen Jütlands, die Insel Fünen, sowie die deutschen Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg mit insgesamt 7,5 Millionen Einwohnern umfasst und von der Elbe bis zum Skagerrak reicht.

Der - abgesehen von Aarhus, Kolding, Kiel und Flensburg - überwiegend von Mittel- und Kleinstädten geprägte Korridor beiderseits der A 7 bzw. E 45 ist wirtschaftsstärker und innovativer als bislang angenommen; starke Unternehmen der Logistik und der Windenergiebranche sind hier zu Hause. Neben der Fehmarn-Belt-Achse ist er darüber hinaus ein weiteres wichtiges Bindeglied zwischen Zentraleuropa und Skandinavien. Der bislang eher einseitig auf die Fehmarn-Belt-Achse zwischen Schweden, Kopenhagen und Norddeutschland orientierten Perspektive innerhalb Europas soll die Studie zu den Chancen des Jütlandkorridors eine attraktive Alternative gegenüberstellen.

In diesen Tagen werden Experten des dänischen Beratungsunternehmens CoWi und der deutschen Beratungsfirma Georg Consulting aus Hamburg beginnen, das Entwicklungspotenzial der Region zu analysieren und in einem Bericht so aufzubereiten, dass daraus konkrete Kooperationen und Projekte abgeleitet und Forderungen gegenüber Brüssel und den nationalen Regierungen formuliert werden können. Die Untersuchung wird durch zahlreiche Interviews mit Akteuren und zwei große transnationalen Konferenzen im Frühjahr und Sommer 2014 bereichert.

Die Untersuchung hat großen Rückhalt in ganz Westdänemark, denn dort verspricht man sich Empfehlungen zur Profilbildung gegenüber dem Metropolraum Kopenhagen und für eine engere Anbindung an die Metropolregion Hamburg.

„Natürlich wissen wir bereits, dass wir mit Norddeutschland gemeinsame Stärken in Bereichen wie Energie, Logistik und Lebensmittel haben. Wir wissen auch, dass etwa die Hälfte des Güterexports auf Straße und Schiene über die Landesgrenze verläuft. Aber wir brauchen Antworten auf die Frage, was wir tun können, um das Potenzial freizusetzen“, sagt Carl Holst, Vorsitzender des Regionsrates der Region Syddanmark in Vejle.

„Wir brauchen mehr Information über diesen Wachstumsraum, um unsere Stärken besser gemeinsam zur Geltung zu bringen. In den vier Wachstumsbranchen Erneuerbare Energien, Logistik, Gesundheits- und Ernährungswirtschaft können sich die Jutländer und die Norddeutschen gut ergänzen, um noch besser grenzübergreifend zusammen zu arbeiten“, sagt Andreas Rieckhof, Staatsrat der Hamburger Wirtschaftsbehörde.

„Der Jütlandkorridor ist ebenso wie die Fehmarnbeltachse ein Bindeglied zwischen Norddeutschland und Skandinavien. Es kann für alle Beteiligten großen Nutzen bringen, wenn wir entlang dieser Route unsere Stärken koordinieren und bündeln. Die Studie wird dazu einen gewichtigen Beitrag leisten. Sie wird auch dienlich sein, wenn wir in Berlin und Kopenhagen dafür werben, beide Korridore gleichermaßen zu stärken“, sagt Stefan Studt, Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein.

Es ist vereinbart, dass die Partner die Ergebnisse und Empfehlungen in einem strategischen Plan für die weitere Arbeit zusammenfassen und breit mit Politik und Fachöffentlichkeit diskutieren.

Finanziert wird die Untersuchung von den dänischen Regionen, den vier dänischen Großstädten Aarhus, Aalborg, Esbjerg und Odense sowie dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Europäischen Union. Darüber hinaus sind zahlreiche weitere Kommunen auf deutscher und dänischer Seite am Projekt beteiligt. Das Projekt „Jütland-Korridor“ ist auch Pilotprojekt im Rahmen des INTERREG IVC-Projekts URMA (Urban Rural Partnerships in Metropolitan Areas), das unter der Leitung der HafenCity Universität in Hamburg Partner aus ganz Europa zusammenbringt. „Ziel des Projektes ist es gerade, die Chancen einer intensiveren Zusammenarbeit ländlicher und städtischer Räume, die eng mit einander verflochten sind, zu verbessern, wie dies für den Jütland-Korridor der Fall ist“, sagt Professor Jörg Knieling von der Hamburger HafenCity Universität.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pressestelle,
Volker Dumann,

Tel: 040-42840-3249, E-Mail: volker.dumann@bsu.hamburg.de

4. Februar 2014/jb04

Englisch als Gerichtssprache

Senat will Rechtsstandort Hamburg stärken

Internationalen Wirtschaftsunternehmen soll es ermöglicht werden, ihre Rechtsstreitigkeiten untereinander vor deutschen Gerichten in englischer Sprache zu führen. Der Senat hat heute beschlossen, eine Gesetzesinitiative erneut in den Bundesrat einzubringen.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Wir wollen den Rechtsstandort Hamburg stärken. Internationale Wirtschaftsunternehmen tragen ihre häufig Streitigkeiten vor Schiedsgerichten oder im Ausland aus. Ein Grund liegt darin, dass vor unseren Gerichten auf Deutsch verhandelt werden muss. Durch die Einführung von Kammern für internationale Handelssachen wollen wir unsere Gerichte attraktiver machen. Davon kann Hamburg als Rechtsstandort profitieren. Hamburg ist mit spezialisierten Richtern und Wirtschaftsanwälten hervorragend aufgestellt.“

Der Senat hat heute die erneute Einbringung des Gesetzentwurfs zur „Einführung von Kammern für internationale Handelssachen“ in den Bundesrat beschlossen. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, der bereits vom Bundesrat beschlossen wurde und im Deutschen Bundestag beraten wurde (Drs. 17/2163). Zwar hatte sich im Rahmen der im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags durchgeführten Expertenanhörung eine Mehrzahl der Experten für den Gesetzentwurf ausgesprochen, er unterfiel in der Folge aber jedoch der Diskontinuität. Nun wird gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen ein neuer Anlauf unternommen.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

3. Februar 2014/bis03

Bilanz 2013: Mehr als 7000 Einbürgerungen

Interesse an deutscher Staatsangehörigkeit ungebrochen

Mit dem Start der Einbürgerungsoffensive des Senats im Dezember 2011 hat das Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit deutlich zugenommen. In den Jahren 2013 und 2012 wurden 7.246 bzw. 7.166 Anträge gestellt. 2011 waren es noch 5.251 Anträge. 7.329 Menschen wurden 2013 eingebürgert, ein Anstieg um 27,8 % gegenüber dem Vorjahr, als 5.736 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben. Hamburgs Innensenator Michael Neumann: „Ich freue mich, dass sich weiterhin so viele Menschen entschlossen haben, vorbehaltlos Deutsche werden zu wollen.“

Die Entwicklung der letzten Jahre sieht wie folgt aus:

Jahr	Einbürgerung	
	erfolgt	beantragt
2009	3.706	4.474
2010	5.295	5.082
2011	5.639	5.249
2012	5.736	7.164
2013	7.329	7.246

Seit Dezember 2011 wirbt der Senat durch ein persönliches Anschreiben des Ersten Bürgermeisters für die deutsche Staatsbürgerschaft. Von den rund 137.000 Hamburgerinnen und Hamburgern ohne deutschen Pass, die die zeitlichen und aufenthaltsrechtlichen Mindestvoraussetzungen erfüllen, wurden bis Ende des vergangenen Jahres mehr als 90.000 Bürgerinnen und Bürger in alphabetischer Reihenfolge angeschrieben und zu einem Beratungsgespräch ermutigt. Mittlerweile ist der Buchstabe „S“ erreicht. Im Rahmen der Beratungsgespräche wird geklärt, ob die übrigen vom Bundesgesetzgeber geforderten Einbürgerungsvoraussetzungen vorliegen.

Um dem erhöhten Antragsaufkommen infolge der Einbürgerungsinitiative zu begegnen, hatte sich der Senat im Jahr 2012 entschlossen, sieben weitere Stellen zu schaffen, die zum 01.10.2012 mit Nachwuchskräften besetzt werden konnten. Damit konnten die Verfahren deutlich beschleunigt werden: Die Bearbeitungsdauer ging von durchschnittlich knapp zwölf Monaten Ende 2010 auf etwas mehr als sechs Monate Ende 2013 zurück.

Die Zahl der Einbürgerungen nach Hauptherkunftsländern der letzten Jahre ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

Herkunftsland	erfolgte Einbürgerungen nach Jahren				
	2009	2010	2011	2012	2013
Türkei	747	1.196	1.447	1.345	1.344
Afghanistan	624	1.009	759	894	1.175
Iran	353	505	429	390	502
Polen	185	223	245	256	441
Russische Föderation	65	115	185	283	280

Die im Großen Festsaal des Rathauses abgehaltenen regelmäßigen Einbürgerungsfeiern sind nach wie vor sehr beliebt. Im vergangenen Jahr haben im Februar, Mai, August und November insgesamt 2.400 Gäste an den vier Veranstaltungen teilgenommen.

Unter www.einbuengerung.hamburg.de finden Sie weitere Informationen.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Norbert Smekal, Tel.: 040 – 42839-2403

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/eza

7. Februar 2014/pr07

Bürgermeister Scholz vom Resultat der Einbürgerungsoffensive überwältigt

Bei der festlichen Einbürgerungsfeier im Rathaus begrüßte Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz die neuen deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Mehr Hamburgerinnen und Hamburger als jemals zuvor in der Geschichte haben im vergangenen Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. 7.329 Einwohnerinnen und Einwohner wurden eingebürgert – ein Anstieg um 27,8 % gegenüber dem Jahr 2012.

Das Interesse am Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft nimmt weiter zu und beweist den Erfolg der Einbürgerungsoffensive des Hamburger Senats. Für Bürgermeister Scholz, der inzwischen rund 90.000 Bürgerinnen und Bürger angeschrieben hat, ist dieses Resultat überwältigend: „Nirgendwo in der Bundesrepublik, gemessen an der Einwohnerzahl, erhalten so viele Menschen den deutschen Pass wie bei uns. Und nirgendwo wird eine so moderne Zuwanderungs- und auch Flüchtlingspolitik betrieben.“ Hamburg habe, so Scholz, als erstes deutsches Bundesland einen Vertrag mit den Muslimen und Aleviten geschlossen, in der Hansestadt habe es das erste Anerkennungsgesetz für Berufsabschlüsse aus anderen Ländern gegeben und Hamburg habe auf Bundesebene durchgesetzt, dass Kinder von Eltern mit unsicherem Aufenthaltstitel durch einen Schulabschluss eine gesicherte Perspektive in Deutschland erhalten können.

Scholz betonte die Vielfalt in allen Lebensbereichen, die für die Stadtentwicklung von großer Wichtigkeit seien: „Wenn auf den Straßen Menschen aus 185 Nationen in unendlich vielen Sprachen und Dialekten miteinander ins Gespräch kommen. Wer lebt nicht gern in solch einer bunten, lebendigen Stadt? Wir wollen, dass sich alle Hamburgerinnen und Hamburger zugehörig fühlen und wir wollen Ihnen vermitteln, dass Sie Ihre eigene Identität und Kultur nicht aufgeben müssen, um sich hier zuhause zu fühlen und ein respektierter, gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein.“

Am Ende des offiziellen Teils der Feier sangen die Gäste mit der Unterstützung des Unterstufenchors der Otto-Hahn-Schule die deutsche Nationalhymne. Beim anschließenden Empfang in den Festräumen des Rathauses nutzten viele die Gelegenheit, sich in das Gästebuch der Einbürgerungsfeiern des Senats einzutragen oder machten Fotos mit Hamburgs Bürgermeister zur Erinnerung an den besonderen Tag.

Rückfragen der Medien:

Jan Büchner,
Pressestelle des Senats,
Tel.: 040 / 428 31 – 21 83,
Mail: Jan.Buechner@sk.hamburg.de

06.02.2014/kb06

Kulturbehörde fördert 40 Projekte der Freien Tanz- und Theaterszene

Kulturbehörde stellt in der kommenden Spielzeit rund eine Million Euro für Projekte der Freien Tanz- und Theaterszene zur Verfügung

Mit rund 625.000 Euro fördert die Kulturbehörde in der kommenden Spielzeit insgesamt 40 Projekte aus der Freien Tanz- und Theaterszene sowie im Kinder- und Jugendtheaterbereich auf der Grundlage von Juryempfehlungen. Hinzu kommen knapp 400.000 Euro für diverse weitere Projekte der Freien Tanz- und Theaterszene aus unterschiedlichen Töpfen. 100.000 Euro kommen auch dieses Jahr wieder aus der Kultur- und Tourismustaxe.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Auch in diesem Jahr haben sich sehr viele qualitativ hervorragende Projekte um eine Förderung im Bereich des freien Tanz und Theaters beworben. Die Einführung neuer Förderinstrumente in den vergangenen Jahren hat hier zu einer deutlichen Stärkung geführt. Mit den aktuellen Förderentscheidungen wird die Bedeutung der Freien Szene für die Kultur in Hamburg unterstrichen.“

Die dreijährige Konzeptionsförderung wird in diesem Jahr gleich an zwei Tanzschaffende vergeben, damit stützt die Kulturbehörde die Tanzstadt Hamburg. Besonders im Bereich Kinder- und Jugendtheater verstetigt sich eine Professionalisierung auf breiter Basis. Auch hier hat das zeitgenössische Tanztheater Einzug gehalten. Dies würdigt die Jury mit entsprechenden Förderempfehlungen. Die 2012 neu eingeführte Nachwuchsförderung als Starthilfe hat wieder guten Anklang gefunden, Nachwuchskünstler der vergangenen Runden siedeln sich mittlerweile im etablierten Bereich an, was eine erfreuliche Bindung der Theaterschaffenden an die Stadt zur Folge hat. Die Bereiche Sprech-, Musiktheater und Performance sind auf gleichbleibend hohem Niveau ebenfalls mit hochprofessionellen Projekten erfreulich gut aufgestellt. Die Kulturbehörde folgte allen Empfehlungen der Jurys.

Über die Vergabe der Festivalförderung wird zeitnah beraten.

Mitglieder der verschiedenen Fachjurys in diesem Jahr waren: Edith Boxberger (freie Journalistin), Dagmar Ellen Fischer (freie Journalistin), Sabine Gehm (Leitung TanzBremen, Tanzkongress), Corinna Honold (Theaterpädagogin), Friederike Lampert (Leiterin K3-Jugendclub), Alexander Pinto (Wiss. Mitarbeiter HCU, stellv. Vorsitz Bundesverband freier Theater), Falk Schreiber (freier Journalist), Katrin Ullmann (freie Journalistin) und Eva-Maria Voigtländer (Dozentin Theaterakademie Hamburg).

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207, enno.isermann@kb.hamburg.de

Alle Förderungen auf einen Blick:

Förderungen im Bereich Sprech-, Musiktheater und Performance Spielzeit 2014/15:

Sprechtheater:

Gruppe / Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Julius Jensen, Sabrina Bohl	Bunker of Love/Gier	18.000 Euro
Kathrin Mayr	Karriere	18.000 Euro
Theater Playstation David Chotjewitz	Call Shop Hamburg	15.000 Euro
Ender/Kolosko	Faustfestung - eine Bildungsreise	18.000 Euro
Nina Mattenklotz Andrea Tietz	PlusMinus einhundert Jahre	22.000 Euro
Meyer & Kowski	Kunst ist Böse I-III	21.000 Euro
Basisförderung: Union Universal Maria Magdalena Ludewig	Strukturaufbau	10.000 Euro

Musiktheater:

Gruppe / Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Frank Düwel, Hans-Jörg Kapp	Stimme X - Musiktheater für Hamburg	6.000 Euro
Benjamin van Bebber cobraoper.cobra	Piramo e tisbe	19.000 Euro
Michael Maierhoff, Steffen Pohl	EXIT G	30.000 Euro

Performance:

Gruppe / Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Tucké Royale	Inauguration des Zentralrates der Asozialen in Deutschland	10.000 Euro
Thomas Esser / Theater Plan B	Mein Gammelfleisch - eine Verfallstudie	18.000 Euro
Mariola Brillowska	Saloon Krawall	10.000 Euro

Förderungen im Bereich Tanztheater Spielzeit 2014/15:

Gruppe / Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Sylvi Kretschmar für SKILLS	Pionier Geist (AT)	17.000 Euro
Josep Caballero Garcia	Oh Mann	20.000 Euro
Jana Unmüßig	To one on his back.Imagine	20.000 Euro
Ursina Tossi	versprechen	11.000 Euro
Bassedanse Project c/o Antoine Effroy	Bassedanse 2014/15 Striking Distance (unmittelbare Nähe) AT	30.000 Euro
Thomas Marek	N O L A	31.000 Euro
Irmela Kästner schmidt-rohr/kästner tanzinitiative hamburg	Kritik Üben	28.000 Euro
Greta Granderath	Talking Tanz	18.000 Euro
Yolanda Gutiérrez	Dead Dance Zone	16.000 Euro
Irina Demina	Zum Beispiel #1	9.000 Euro

Konzeptionsförderung ab Spielzeit 2014/15 bis Spielzeit 2016/17:

Gruppe / Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Jenny Beyer	ZOOM	35.000 Euro (insg. 105.000 Euro)
Sebastian Matthias	people looking at people looking at people	35.000 Euro (insg. 105.000 Euro)

Nachwuchsförderung für die Spielzeit 2014/15:

Gruppe / Antragsteller	Genre	Projekt	Fördersumme
Helen Schröder, Ekaterina Statkus	Tanztheater	The Winning Team Competition	5.000 Euro
Véronique Langlott	Tanztheater	Restructuring	5.000 Euro
Jonas Woltemate	Tanztheater	The beat on us	5.000 Euro

Ann-Kathrin Quednau	Performance	chronic hiccup	5.000 Euro
Jonas Leifert	Performance	Fallstudie #2: In-Bewegung- Sein	5.000 Euro
Annika Scharm	Performance	Gefiederkraulen	5.000 Euro

Förderungen im Bereich Freies Kinder- und Jugendtheater Spielzeit 2014/15:

Gruppe / Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Kindertheater Bühne Bumm Judith Mauch / Katrín Sagener	Das kleine Ich bin Ich	15.000 Euro
Franziska Henschel	Heute bin ich	10.000 Euro
Uwe Schade	Der weiße und der schwarze Bär	16.000 Euro
Theater am Strom Christiane Richers	Immer weiter - ein Stück über Obdachlosigkeit	12.000 Euro
Theater Brekkekekex	Knirps & Klops	10.000 Euro
Christian Concilio	BEASTS	15.000 Euro
Charlotte Pfeifer	Arbeiten gehen	12.000 Euro
Maria Ursprung	Die Konferenz der Tiere	10.000 Euro
Lucia Glass	Was uns bewegt, was wir bewegen	10.000 Euro

05.02.2014/pr05a

Positive Zwischenbilanz beim Wohnungsbau

Derzeit wird in Hamburg an 11.000 neuen Wohnungen gebaut

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat eine positive Zwischenbilanz der Wohnungsbaupolitik des Senats gezogen. „Der neue Senat hat sich 2011 zum Ziel gesetzt, die Voraussetzungen für den Bau von jährlich mindestens 6000 neuen Wohnungen zu schaffen, 2000 davon sollen im sozialen Wohnungsbau entstehen. Allein im vergangenen Jahr sind 10.328 Baugenehmigungen erteilt und 2006 Neubauten von Mietwohnungen gefördert worden“, sagte Scholz am Mittwochabend beim Neujahrsempfang des Zentralen Immobilien-Ausschusses in Hamburg. Aktuell werde in Hamburg an rund 11.000 zuvor genehmigten Wohnungen gebaut. Demgegenüber seien – laut Zahlen des Statistikamts Nord - im vergangenen Jahr parallel zum Wohnungsneubau lediglich 600 Wohnungen abgerissen worden.

Scholz sagte, die aktuell erkennbare positive Tendenz sei Folge eines grundsätzlichen Kurswechsels in der Wohnungsbaupolitik nach dem Regierungswechsel 2011. Bewährt habe sich unter anderem, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA GWG wieder selbst in den Bau neuer Wohnungen eingestiegen sei: „1010 Wohneinheiten sind für dieses Jahr allein von SAGA GWG geplant“, sagte Scholz. Verantwortlich für den Erfolg des Wohnungsbauprogramms sei in erheblichem Maße das „Bündnis für das Wohnen“, das zu einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen der Stadt Hamburg und der Wohnungswirtschaft beitrage.

Scholz betonte, Teil der städtischen Wohnungsbaupolitik sei auch eine Neuorientierung bei der Ausschreibung städtischer Grundstücke. Diese würden jetzt stärker nach der Qualität des Vorhabens und weniger nach dem Gewinn vergeben werden, den die Stadt erzielen kann. Auch werde der Leerstand von Wohnungen reduziert. Im vergangenen Jahr habe der neue Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen seine Arbeit aufgenommen – „wir bündeln die Aufgaben, bauen Bürokratie ab und werden insgesamt flexibler“, sagte Scholz.

Nicht zuletzt wegen der öffentlichen Förderung habe das Wohnungsbauprogramm des Senats Fahrt aufgenommen. Jährlich stünden mehr als 100 Millionen Euro für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung. 2013 seien mit genau 98,7 Millionen Euro genau 2006 Mietwohnungsneubauten gefördert worden, sagte Scholz. Die genannten Zahlen seien auch die Zielzahlen für die kommenden Jahre.

Rückfragen der Medien:

Christoph Holstein
Senatssprecher

Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 0404283122 44, Mobil: 01702881809
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

6. Februar 2014/bis06

Werner-Otto-Preis für Handballinitiative Freiwurf Hamburg

Projekte im Behindertensport bei Senatsempfang ausgezeichnet

Die Alexander Otto Sportstiftung hat heute zum vierten Mal den mit insgesamt 30.000 Euro dotierten Werner-Otto-Preis im Hamburger Behindertensport verliehen. Ausgezeichnet wurde das inklusive Handballprojekt Freiwurf Hamburg. Initiatoren sind die Vereine AMTV Hamburg, SVE Eidelstedt, FC St. Pauli und Elmshorner HT. Mit ihrer vereinsübergreifenden Arbeit ist die Initiative Vorreiter bei der Inklusion im Handballsport und zugleich in mehreren Hamburger Stadtteilen präsent. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von 15.000 Euro verbunden.

Anerkennungen verbunden mit Preisgeldern erhielten das **Gemeindepsychiatrisches Zentrum Eimsbüttel** für sein Fußballangebot „Soul-Kicker Eimsbüttel“ (5.000 Euro), das **Regionale Bildungs- und Beratungszentrum Wilhelmsburg** für die Inklusion sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher (3.000 Euro), der **Hamburger Gehörlosen Sportverein** und **Hamburger und Germania Ruder Club** für das gemeinsame Ruderangebot an Gehörlose (7.000 Euro).

Erstmals ehrte die Sportstiftung zudem zwei Projekte mit dem Hamburger Sport-Leuchtturm, die über Hamburg hinaus besondere Strahlkraft haben. Ausgezeichnet wurde mit dem Sport-Leuchtturm der **Hamburger SV** in Kooperation mit dem **Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Hamburg** für den Aufbau des inklusiven Rollstuhlbasketball-Teams **BG Baskets Hamburg** sowie die **Evangelische Stiftung Alsterdorf** für den Bau der ersten umfassend behindertengerechten Sporthalle in Alsterdorf. Die Auszeichnungen sind mit projektbezogenen Förderungen verbunden.

Eine Fachjury, der u.a. die Hamburger Paralympionikinnen Edina Müller und Dorothee Vieth angehörten, kürte die Gewinner unter 27 eingereichten Projekten. Preiswürdig waren Projekte im Bereich des Hamburger Behindertensports, die zur Inklusion und Förderung behinderter Menschen im Sport beitragen. Die Preisverleihung fand im Rahmen eines Senatsempfangs im Beisein von **Hamburgs Sportsenator Michael Neumann, Alexander Otto** sowie rund 100 Gästen aus Hamburgs Sport, Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien im Hamburger Rathaus statt.

Michael Neumann, Hamburgs Sportsenator: „Die jährliche Verleihung des Werner-Otto-Preises an Projekte im Hamburger Behindertensport ist eine besondere Auszeichnung und Wertschätzung der Initiative der Hamburger Vereine und Organisationen, die sich im Sport für Menschen mit und ohne Behinderung engagieren. Es freut mich sehr, dass es so viele tolle Sportprojekte in unserer Stadt gibt und das Thema Inklusion durch das Engagement im Sport so immer weiter in die Gesellschaft getragen, erfahrbar gemacht und gelebt wird. Als Sportsenator liegt mir das Thema Inklusion besonders am Herzen und ich hoffe sehr, dass es auch zukünftig viele großartige Projekte und

Initiativen gibt, die die Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung in Hamburg erweitern.“

Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Sportstiftung: „Die eingereichten Projekte für unseren diesjährigen Preis belegen, welche großartige Arbeit vor allem auch durch viele Ehrenamtliche im Behindertensport geleistet wird. Mit dem Preis möchten wir dieses Engagement würdigen und zugleich auf nachahmenswerte Projekte aufmerksam machen. Schließlich erfahren wir in der Stiftungsarbeit, dass es noch weitere Anstrengungen bedarf, um behinderten Menschen die Teilhabe am Sport und darüber hinaus am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.“

Gewinner: Handballinitiative Freiwurf Hamburg

Mit dem Werner-Otto-Preis wurde die Handballinitiative Freiwurf Hamburg vom AMTV Hamburg, SVE Eidelstedt, FC St. Pauli und Elmshorner HT ausgezeichnet. 2010 haben die vier Vereine begonnen, inklusive Handballtrainingsgruppen aufzubauen, die zusammen die Initiative Freiwurf Hamburg bilden. Ihr gehören rund 60 Sportlerinnen und Sportler mit geistiger Behinderung an. Mit Beginn der Saison 2013/14 startete die vom Hamburger Handballverband anerkannte Freiwurf-Liga, in der die vier Teams eine eigene Meisterschaft austragen. Es ist die erste offizielle Unified-Handball-Liga in Deutschland. 2012 gelang der Initiative zudem, dass einer ihrer geistig behinderten Sportler erfolgreich die Prüfung zum Handballschiedsrichter abgelegt hat. Seitdem pfeift er Jugendspiele im Hamburger Regelbetrieb und ist der erste offizielle Handballschiedsrichter mit geistiger Behinderung in Deutschland. Darüber hinaus setzen sich die Initiatoren dafür ein, dass weitere inklusive Teams aufgebaut werden. Die Initiative ist damit Vorreiter des Unified-Handball in Deutschland. Der Preis ist mit 15.000 Euro dotiert.

Anerkennung: Regionales Bildungs- und Beratungszentrum Wilhelmsburg (ReBBZ)

Gewürdigt wurde das Regionale Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) Wilhelmsburg für sein Sportangebot und die Inklusion sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher. Vom Projektkoordinator beauftragt, brachten sich Lehrerinnen und Lehrer der früheren Sprachheilschule Wilhelmsburg in die Planungen für den Schulneubau „Tor zur Welt“ ein. Neben dem ReBBZ umfasst dieser eine Grundschule sowie das Helmut-Schmidt-Gymnasium. Die Sport AG unter der Leitung von Ulla Steiner erarbeitete Konzepte für die Ausgestaltung der neuen schulischen Sportstätten, Sportveranstaltungen und die Öffnung der Sportangebote für den ganzen Stadtteil. Schülerinnen und Schüler des benachbarten Gymnasiums veranstalten mit den sprachbehinderten Kindern gemeinsame Sportfeste. Zudem kommen Übungsleiter des SV Wilhelmsburg in das Bildungs- und Beratungszentrum und unterrichten die Schülerinnen und Schüler im Sport. Die Anerkennung ist mit einem Preisgeld von 3.000 Euro verbunden.

Anerkennung: Gemeindepsychiatrisches Zentrum Eimsbüttel (GPZE)

Eine Anerkennung erhielt das Gemeindepsychiatrische Zentrum Eimsbüttel für sein Fußballangebot „Soul-Kicker Eimsbüttel“. Aus sporadischem Bolzen im Park entwickelte das GPZE seit 2003 das kontinuierliche Fußballprojekt Soul-Kicker Eimsbüttel. Das GPZE bietet Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen sowie Drogen- und Alkoholproblemen Unterstützung und ein geschütztes Zuhause, um sich zu stabilisieren und neu zu orientieren. Vielfältige Therapieangebote stehen zur Verfügung. Das Fußballprojekt Soul-Kicker ist eines davon, das in Kooperation mit dem

Hamburg-Eimsbüttler-Ballspiel-Club durchgeführt wird. Die 20 Spielerinnen und Spieler im Alter zwischen 17 und 55 Jahren trainieren regelmäßig einmal pro Woche und nehmen an Turnieren teil. Zudem ist das Team auch offen für Spieler aus anderen sozialen Einrichtungen. Die Anerkennung ist mit einem Preisgeld von 5.000 Euro verbunden.

Anerkennung: Hamburger Gehörlosen Sportverein und Hamburger und Germania Ruder Club für das Ruderangebot an Gehörlose

Eine weitere Anerkennung wurde dem Hamburger Gehörlosen Sportverein und Hamburger und Germania Ruder Club für das Ruderangebot an Gehörlose ausgesprochen. Im August letzten Jahres starteten beide Kooperationspartner das Projekt, mit dem gehörlosen Jugendlichen und Erwachsenen das Rudern vermittelt wird. Acht Sportler werden zweimal pro Woche unter Anleitung ihres Vereinstrainers geschult. Das Besondere dabei ist, dass ein Gebärdens-Dolmetscher die Sportler im Motorboot begleitet und die Anweisungen des Trainers zur Rudertechnik simultan übersetzt. Genauso werden die Gebärden durch den Dolmetscher für den Trainer übersetzt. Nach dem Erlernen der Rudertechnik besteht die Möglichkeit, auch mit nichtgehörlosen Sportlern zusammen zu rudern und es entsteht ein reger Austausch. Mit dem Projekt ist das Ziel verbunden, eine feste Gehörlosen-Rudergruppe und eine gemischte Rudergruppe aus Gehörlosen und nicht Gehörlosen zu etablieren.

Sport-Leuchtturm: Hamburger SV

Mit einem Sport-Leuchtturm wurde der Hamburger SV in Kooperation mit dem Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus für den Aufbau des inklusiven Rollstuhlbasketball-Teams BG Baskets Hamburg geehrt. Es ist die einzige Mannschaftssportart, in der aktuell 18 Athletinnen und Athleten mit und ohne Behinderung auf Bundesliganiveau gemeinsam Sport treiben. Über das Projekt besteht die Chance, frisch verletzte Patienten, die sich gerade an ihre neue Lebenssituation gewöhnen müssen. Durch den Austausch mit den Spitzensportlern der BG Baskets werden sie motiviert, an ihren eigenen Fähigkeiten zu arbeiten, wieder selbständig zu werden und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. So wird die Kette von der akutmedizinischen Versorgung bis zur nahezu vollständigen Rehabilitation geschlossen. Gleichzeitig wollen die Athleten der BG Baskets mit ihren Spitzenleistungen für den Behindertensport werben und Menschen begeistern, Rollstuhlsport anzuschauen oder sogar selbst auszuprobieren. Dabei werden gerade Jugendliche im Umgang mit behinderten Menschen geschult, um die Situation von Rollstuhlfahrern besser zu verstehen. Die Stiftung gewährt eine projektbezogene finanzielle Förderung.

Sport-Leuchtturm: Evangelische Stiftung Alsterdorf

Mit einem weiteren Sport-Leuchtturm wurde die Evangelische Stiftung Alsterdorf für den Bau der ersten umfassend behindertengerechten Sporthalle in Alsterdorf ausgezeichnet. Rd. 64.000 Sportlerinnen und Sportler werden hier Sport treiben, darunter viele seh-, hör-, körperlich sowie geistig behinderte Menschen. Die Halle entspricht den unterschiedlichen Bedürfnissen ihrer Nutzer: So werden beispielsweise die Umkleiden mit Stützgriffen und rollstuhlunterfahrbaren Bänken ausgestattet. Die Türen sind automatisiert und die Beschriftung mit Pyramiden- und Braille-Schrift sowie ein einfaches und zugleich kontrastreiches Farbkonzept sorgen als Orientierungshilfen. Die Hallenzeiten für den inklusiven Schulsport werden rd. 40 Prozent und die für öffentlichen Behinderten- und Inklusionssport nahezu 30 Prozent betragen. Dabei sollen Hallenzeiten für Behindertensportvereine nach Möglichkeit mietfrei angeboten werden. Darüber hinaus werden

vielfältige Sportangebote für Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen, die zuvor mangels geeigneter Sportstätten nicht möglich waren. Zudem wird die Stiftung Alsterdorf dem Mangel an qualifizierten Lehrern und Übungsleitern im inklusiven Sport begegnen, indem sie eine bislang einmalige nationale Qualifizierungsinitiative startet. Im letzten Herbst wurde das Richtfest gefeiert, im März 2014 wird die Halle eröffnet. Die Stiftung gewährt eine projektbezogene finanzielle Förderung.

Die Alexander Otto Sportstiftung

Unternehmer und Mäzen Alexander Otto hat seine Sportstiftung 2006 gegründet. Seitdem hat die Stiftung Projekte in einem Umfang von über 12 Mio. Euro gefördert, darunter u.a. der Bau der Volksbank Arena und die Modernisierung des Haus des Sports.

Hinweis: Fotos von der Verleihung und den Ausgezeichneten finden Sie ab 18.00 Uhr unter www.presseplattform.de, User name: Sportstiftung, Passwort: presse (bitte Schreibweise beachten!).

Rückfragen der Medien:

Alexander Otto Sportstiftung

Rando Aust, Tel. 040 – 60606-9281

E-Mail: info@alexander-otto-sportstiftung.de Internet: www.alexander-otto-sportstiftung.de
sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Terminkalend

er

Vom 10. Februar bis 15. Februar 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 10.02.2014

10:00 Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Königsallee 71, Düsseldorf
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält einen **Vortrag im Rahmen des Symposiums: „Präventionsgesetz – quo vadis?“**.

10:00 Polizeipräsidium, Großer Sitzungssaal, Bruno-Georges-Platz 1
Senator Michael Neumann hält bei der Veranstaltung des **Polizeivereins Hamburg e.V. für die im Demonstrationsgeschehen am 21.12.2013 verletzten Polizeibeamten** eine Rede.

17:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt die Akteure der **CHINA TIME 2014**.

19:30 Rathaus , Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatsempfangs zum 5. Jubiläum von China-TIME sowie des chinesischen Neujahrfestes** ein Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

Dienstag, den 11.02.2014

09:30 Brüssel, Rue Belliard, 99-101
Staatsrat Jan Pörksen spricht bei gemeinsam von der **Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen organisierten Konferenz “Joint Conference of Mayors on the impact of intra-EU mobility of EU citizens at local level”**.

18:00 Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht zum **Nationalfeiertag in Neuseeland** ein Grußwort.

Mittwoch, den 12.02.2014

10:00 Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Straße 97
Senator Michael Neumann hält bei der Öffentlichkeitsveranstaltung anlässlich des **Landeskongresses 2014 der Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg** eine Rede zum Thema **„200 Jahre Polizei Hamburg: Sicherheit im Wandel**.

11:00 Kroonhorst 11
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet die **Kinder- und Jugendpsychiatrische Tagesklinik** mit einem Grußwort.

12:00 Europa-Passage, Ballindamm 40
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet gemeinsam mit dem **stellvertretenden Oberbürgermeister der Stadt Prag, Václav Novotný**, die **Präsentation der neun Hamburger Städtepartnerschaften** mit einem Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

12:30 Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Senatempfangs zur Präsentation Hamburger Städtepartnerschaften in der Europapassage** ein Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

18:00 Nordakademie, Graduate School, Van-der-Smissen-Straße 9
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Vorstandssitzung des Verbandes NORDMETALL der Metall- und Elektroindustrie e. V.** teil.

Donnerstag, den 13.02.2014

ganztäglich Berlin

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an der **217. Amtschefkonferenz der Kultusministerien** teil.

09:40 Grand Elysée Hotel, Rothenbaumchaussee 10, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Hamburger IT-Strategietage 2014** ein Grußwort.

10:30 Agaplesion Diakonieklinikum, Hohe Weide 17
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks besucht die **Geburtsklinik**.

11:00 Clausewitz-Kaserne, Beck-Saal, Manteuffelstraße 20
Senator Michael Neumann nimmt am Empfang anlässlich der **Verabschiedung des Leiters des Bundeswehrdienstleistungszentrums, Olaf Möbius, und der Einführung des neuen Leiters, Eckhard Ahlborn**, teil.

11:30 Elbcampus, Zum Handwerkszentrum 1
Senator Ties Rabe besucht die **Ausbildungsmesse „Mädchen-Berufswahl-Rallye“** der Handwerkskammer.

14:55 Jugendherberge Auf dem Stintfang, Alfred-Wegener-Weg 5
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der Jubiläumsfeier anlässlich des **100-jährigen Bestehens des DJH, Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Nordmark e.V.**, ein Grußwort.

18:30 Patriotische Gesellschaft, Reimarus-Saal, Trostbrücke 6
Staatsrat Michael Sachs nimmt teil an der Diskussionsveranstaltung des **Arbeitskreises für Stadtentwicklung der Patriotischen Gesellschaft** zum Thema **„Kleingärten versus Wachsende Stadt?“**.

Freitag, den 14.02.2014

ganztägig Havard University, Radcliffe Yard, Cambridge (MA), USA
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt **vom 14.-16.02.2014 an der German Conference 2014 at Harvard** teil. Am 15.02. hält Bürgermeister Olaf Scholz eine Rede.

Staatsrat Wolfgang Schmidt begleitet den Bürgermeister.

09:00 Ausbildungszentrum-Bau, Halle „H“, Schwarzer Weg 3
Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Thementag „Schwarzarbeit“** zum Thema **„Illegale Beschäftigung auf dem Bau aus Sicht des Hamburger Senats“**.

09:30 Bundesrat, Leipziger Straße 3, Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an der **Plenarsitzung des Bundesrats** teil.

13:30 Bucerius Law School, Jungiusstraße 6, 20355 Hamburg
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **12. Jahrestagung der AG** **"Europäisches und Internationales Arbeits- und Sozialrecht"** ein Grußwort.

16:00 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Senatsempfangs „150 Jahre DRK“** ein Grußwort.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.